

Pressemitteilung

17. November 2016

Freie Berufe fordern Versandhandelsverbot von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln

Dresden: Der Landesverband der Freien Berufe in Sachsen unterstützt das Anliegen, den Versandhandel von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in Deutschland zu verbieten. Durch diese politische Maßnahme sollen die durch das EuGH-Urteil vom 19.10.2016 unabsehbaren negativen Auswirkungen auf die Patientenversorgung in Deutschland rechtzeitig und schnell verhindert werden.

Der LFB Sachsen weist darauf hin, dass der EuGH mit seinem Urteil nicht nur die Existenz vieler Apotheken in Sachsen sowie die flächendeckende Arzneimittelversorgung durch ortsansässige Präsenzapotheken gefährdet. Mittelbar wird auch das Modell der Freiberuflichkeit in Deutschland grundsätzlich in Frage gestellt. Die Ausführungen des EuGH verengen zudem die Bedeutung des freiberuflichen Apothekerberufes und damit auch mittelbar die der anderen Freien Berufe auf eine rein ökonomische und kommerzielle Sicht.

Hintergrund LFB Sachsen: Der Landesverband der Freien Berufe Sachsen e.V. wurde 1990 gegründet und vertritt derzeit 17 Verbände und Körperschaften einzelner freier Berufe in Sachsen, denen insgesamt über 35.000 Freiberufler angehören. Der LFB Sachsen ist Mitglied im Bundesverband der Freien Berufe (BFB).

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Knut Köhler'.

Knut Köhler M.A.

Landesverband der Freien Berufe Sachsen e.V.